Familie und Wohnen

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Wohnen**

Band (Jahr): **58 (1983)**

Heft 2

PDF erstellt am: **29.04.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-105222

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Familie und Wohnen

Mitte Oktober letzten Jahres hat eine vom Eidg. Departement des Innern eingesetzte Kommission aus Kreisen von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, von Frauen- und Jugendverbänden sowie aus Politik und Wissenschaft einen vielbeachteten Bericht über die «Familienpolitik in der Schweiz» veröffentlicht. Dieser Bericht stellt eine Standortbestimmung über die aktuelle familienpolitische Lage dar und enthält entsprechende Empfehlungen und Vorschläge zugunsten der Familie in den Bereichen Arbeitswelt, Wohnfragen, Bildung und Erziehung bis hin zu materiellen Begehren. Der Bundesrat hat von diesem Bericht Kenntnis genommen und ihn als nützliche Orientierungshilfe bezeichnet. Im Mitteilungsblatt der Familienheimgenossenschaft Zürich (FGZ) hat J. Köpfli zu diesem Bericht einige Gedanken und Hinweise erörtert:

Die räumlichen Verhältnisse der Wohnung und der Wohnumgebung sind wichtige Bedingungen für das Gelingen oder Misslingen des Zusammenlebens von Menschen. Die Förderung hoher Wohnqualität ist daher ein entscheidendes und nachhaltiges Mittel zur Stärkung der Familie.

Wohnungen sollen den darin lebenden Personen einerseits das vertraute Heim bieten, in das sie als sichere Basis jederzeit zurückkehren können; die Wohnung selbst soll aber anderseits auch so reichhaltig sein, dass den Bewohnern, insbesondere den Kindern, Möglichkeiten zur Ausweitung und Entwicklung von neuen Tätigkeiten und Fertigkeiten zur Verfügung stehen. Eine Wohnung ist mehr als ein Ort für die Befriedigung der biologischen Grundbedürfnisse.

Nachgewiesenermassen wird die persönliche und schulische Entwicklung der Kinder und Jugendlichen durch die Wohnverhältnisse entscheidend beeinflusst. Die eingeschränkten Verhältnisse der meisten Wohnungen in städtischen Gebieten, die Verkehrsimmissionen, die Unmöglichkeit, in genügend grossen Zimmern oder Gemeinschaftsräumen und unter reduzierter elterlicher Kontrolle mit ihresgleichen zusammensein zu können, stellen für die Heranwachsenden von den ersten Schuljahren bis zum Weggehen aus dem Elternheim oft eine Belastung dar. Es kommt nicht von ungefähr, dass sich die Unrast eines Teils unserer Jugend in Forderungen nach eigenen Treffpunkten manifestiert.

Ferner beeinflusst die Einordnung des Heims in eine weitere Umgebung das Verhältnis der Familie und ihrer Mitglieder zu nachbarschaftlichen und gesellschaftlichen Zusammenhängen. Mit sich selbst, mit den Angehörigen und mit den Nachbarn und den anderen überhaupt geschickt umzugehen, ist eine grundlegende soziale Fähigkeit; sie kann in schlechten Wohnungen und Wohnumgebungen nur mangelhaft erworben werden.

In dieser Beziehung schaffen unsere Wohnbaugenossenschaften mit ihrer lebendigen Demokratie und ihren genossenschaftlichen Gemeinschaftsanlässen günstige Voraussetzungen.

Aufgrund der durchschnittlichen Wohnungskosten, Belegungsdichten, Leerwohnungsziffern, Ausstattungsmerkmale usw. wird die Wohnungsversorgung in der Schweiz von der erwähnten Bundeskommission als befriedigend beurteilt. Im Familienbericht wird festgestellt, dass es übertrieben wäre, angesichts des heute zur Verfügung stehenden Wohnraums von einer allgemeinen Wohnungsnot zu sprechen. Allerdings bleibt zu bedenken, dass statistische Durchschnittswerte wenig aussagekräftig sind für die spezifischen Wohnverhältnisse der Familien; und hier zeigt es sich, dass vor allem Haushalte mit mehreren Kindern zu den empfindlichsten Gruppen gehören. Kinderreiche Familien haben sich mit den geringsten Flächenquoten pro Familienmitglied abzufinden und dennoch vielfach einen prozentual überdurchschnittlich hohen Anteil des Einkommens für die Miete aufzubringen.

Wohnungspolitik geht uns alle an. Denn Wohnqualität, Wohnsicherheit und tragbare Wohnkosten sind Begriffe, die für jedermann Bedeutung haben. Aktive Familienpolitik heisst daher immer auch: aktive, familienfreundliche Wohnungspolitik.

Die Bundeskommission hat zuhanden der kantonalen und kommunalen Behörden, der Bauherren und Architekten sowie der zuständigen Organe der Wohnbauförderung und der Wohnbaugenossenschaften eine detaillierte Liste von Empfehlungen für eine familiengerechte Wohnbaupolitik formuliert. Dabei wird auch betont, dass die Versicherungen und Banken Verantwortung tragen, wenn sie ihre Geldmittel zur Finanzierung des Wohnungsbaus zur Verfügung stellen. Diese Empfehlungen lauten unter anderem wie folgt:

- Wohnungspolitik darf sich nicht nur auf die Erhöhung des Wohnungsangebots beschränken, sondern muss auch sozial-, vermögens- und gesellschaftspolitische Aufgaben erfüllen. Dabei sind qualitative Aspekte des Wohnens, z.B. die Wohnungsgestaltung, Siedlungsformen, Wohnstandorte sowie die geographischen Beziehungen zwischen Wohn- und Arbeitsorten, von grösster Bedeutung. Neben den Wohnbedürfnissen der Familien muss die Wohnungspolitik auch jene anderer Gruppen berücksichtigen, die in besonderen Belastungsverhältnissen stehen.
- Angesichts der zentralen Bedeutung, die dem Wohnen zukommt, ist dafür zu sorgen, dass auch die einkommensschwachen oder sonstwie benachteiligten Bevölkerungsgruppen – vorab junge Familien mit mehrern Kindern – eine Wohnung finden, die sowohl ihren Bedürfnissen als auch ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit entspricht. Der Einkommensanteil, der für die Wohnung aufgewendet werden muss, darf nicht in einem Missverhältnis zur Qualität der Wohnung oder zum Familieneinkommen stehen. Andernfalls hat der Staat durch gezielte Massnahmen, wie z.B. individuelle Mietbeihilfen, Abhilfe zu schaffen.
- Neben der eigentlichen Wohnung braucht es halböffentliche Bereiche sowie Plätze für Begegnung und gemeinsame Aktivitäten aller Bewohner. Wichtig ist, dass auch in den bestehenden Stadtstrukturen vermehrt familiengerechte Wohnverhältnisse geschaffen werden.
- Familiengerechte Bauweisen sind vor allem kleinere Mehrfamilienhäuser oder Reihenhäuser; Wohnhochhäuser haben sich für Haushalte mit Kindern als ungünstig erwiesen.
- Es sind Massnahmen zu finden, um der Verdrängung von Familienwohnungen aus spekulativen Gründen entgegenzuwirken. Ebenso sollten unterbelegte Wohnungen wieder für Familien mit Kindern verfügbar gemacht werden können.
- Es liegt im Interesse der Familie, dass der Wohnbereich der eigenen Verfügbarkeit unterstellt ist. Dem wirkt anonymer Wohnungsbesitz entgegen. Der Anteil an Wohneigentum sowie eigentumsähnliche Verfügungsrechte und der genossenschaftliche Wohnungsbau sollten gefördert werden.